Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Max Stadler, Jörg van Essen, Dr. Karl Addicks, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksachen 15/4832, 15/5051 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Versammlungsfreiheit gehört zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens; ihr gebührt in einem freiheitlichen Staatswesen ein besonderer Rang. Die Versammlungsfreiheit umfasst das Selbstbestimmungsrecht über Ort, Zeit, Art und Inhalt der Veranstaltung. Diese verfassungsrechtliche Grundentscheidung, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Brokdorf-Beschluss (BVerfGE 69, 315 – Brokdorf) konkretisiert hat, hat der Gesetzgeber bei allen begrenzenden Regelungen zu beachten.

2. Der Deutsche Bundestag bekennt sich zum Grundrecht der Versammlungsfreiheit. Er lehnt begrenzende Regelungen, die über das geltende Recht hinausgehen, ab. Das gilt sowohl für örtliche wie auch für inhaltliche Beschränkungen der Versammlungsfreiheit.

3. Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin steht schon nach geltendem Recht unter besonderem Schutz. Eine Versammlung, die das Unrecht, das den Opfern, an die dort erinnert wird, zugefügt worden ist, verharm-

lost oder billigt, verstößt gegen die Menschenwürde und damit gegen die öffentliche Sicherheit. Sie kann bereits jetzt nach § 15 des Versammlungsgesetzes verboten werden. Gleiches gilt für Versammlungen an KZ-Gedenkstätten und anderen Orte, die als Gedenkstätten von historisch herausragender, überregionaler Bedeutung an die Opfer der menschenunwürdigen Behandlung unter der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft erinnern. Eine namentliche Erwähnung im Versammlungsgesetz oder in Gesetzen der Länder erweist sich daher als nicht notwendig. Sie kann aber als Signal missverstanden werden, dass an anderen, im Gesetz nicht erwähnten Orten Versammlungen, auch solche mit rechtsextremistischem Inhalt, uneingeschränkt zulässig sind. Hierdurch liefe der Gesetzgeber Gefahr, immer neue Orte mit Versammlungsverboten belegen zu müssen. Ein unwürdiges Hase-und-Igel-Spiel mit den Feinden der Demokratie wäre die Folge. Auch ließe sich eine solche Inflationierung bei der Festlegung „versammlungsfreier Orte“ mit der Brokdorf-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur schwerlich vereinbaren.

4. Ortsbezogene Versammlungsverbote am Brandenburger Tor lehnt der Deutsche Bundestag ab. Eine Einbeziehung des Brandenburger Tores in den befriedeten Bezirk für den Deutschen Bundestag wäre mit dem Sinn und Zweck des Gesetzes über befriedete Bezirke, die Arbeitsfähigkeit von Verfassungsorganen des Bundes zu schützen, nicht vereinbar. Sie stünde im Widerspruch zur einschlägigen Rechtsprechung zum Versammlungs- und Bannmeilengesetz, wonach befriedete Bezirke kleinräumig zu gestalten und die Anforderungen an den Schutz der Verfassungsorgane zu konkretisieren sind. Hinzu kommen polizeitaktische Erwägungen. Polizeipraktiker bestätigen, dass sich Einsätze auf Grund von Gefahrprognosen gezielter ausführen lassen als im Falle starrer Bannmeilenregelungen oder sonstiger räumlicher Beschränkungen der Versammlungsfreiheit.

5. Auch ohne ortsbezogene Versammlungsverbote steht das Brandenburger Tor, stehen die Straßen und Plätze Deutschlands nicht schutzlos dar. Das geltende Recht reicht aus, um gegen extremistisch ausgerichtete Versammlungen vorzugehen. So kommen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Auflagen in Betracht, um besonders militantes Auftreten, z. B. das Tragen von Springerstiefeln oder Bomberjacken, die Verwendung von Fahnen und Fackeln, das Marschieren in Blöcken und Abschnitten, das Schlagen von Trommeln, das Skandieren von Parolen oder das Absingen einschlägiger Lieder, zu verhindern. Durch Auflagen kann ferner der Zeitpunkt einer Demonstration verschoben oder ein anderer als der grundsätzlich frei zu wählende Ort bestimmt werden. So hat das Bundesverfassungsgericht die zeitliche Verschiebung einer rechtsextremistischen Versammlung vom 27. auf den 28. Januar 2001 mit der Begründung gebilligt, dass ihre Durchführung am offiziellen Holocaust-Gedenktag das sittliche Empfinden der Bürger erheblich beeinträchtigen würde. Zu einem Marsch von Neo-Nazis über die niederländische Grenze, der mit schwarzen Fahnen, Landsknechtsttrommeln usw. geplant war, hat das Bundesverfassungsgericht ebenfalls im Jahr 2001 festgestellt: „Die Versammlungsfreiheit schützt Aufzüge, nicht Aufmärsche“. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit kann eine Versammlung verboten und eine verbotene Versammlung aufgelöst werden. Das gilt insbesondere dann, wenn auf Grund bestimmter Umstände mit der Begehung von Straftaten gerechnet werden muss. Darüber hinaus ist die Menschenwürde als oberstes Gut auch dann geschützt, wenn im konkreten Fall kein Straftatbestand zu ihrem Schutz eingreift.

6. Vor dem Hintergrund dieses umfassenden Schutzkonzepts ist die Ausweitung bestehender und die Schaffung neuer Straftatbestände nicht erforderlich. Sie ist zudem mit erheblichen Risiken verbunden, da sie sich am verfas-

sungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot messen lassen muss und nicht zu einer unzulässigen Einschränkung von Grundrechten, insbesondere der Meinungsfreiheit, führen darf. Es ist nicht Aufgabe von Strafrecht, Meinungsäußerungen zu verbieten. Jedenfalls müssen Beschränkungen der Meinungsfreiheit meinungsneutral sein. Sie dürfen nicht nur nationalsozialistische bzw. neonazistische Meinungsäußerungen unter Strafe stellen. Strafandrohungen, die faktisch nur Anhänger einer bestimmten Ideologie treffen, verletzen das Gebot der Meinungsneutralität. In rechtstatsächlicher Hinsicht bestehen zudem Zweifel, inwieweit Strafrecht bei Rechtsextremen überhaupt Wirkung zeigt. Bisherige Erfahrungen sprechen eher dafür, dass es sich hierbei um eine besonders uneinsichtige Gruppe handelt, die sich durch solche Vorgaben nicht abschrecken lässt. Auch hat die Schaffung neuer Straftatbestände nur bedingten Einfluss auf die versammlungsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit gilt auch bei einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit durch Strafrechtsverstöße der Vorrang von Auflagen vor Verboten.

7. Der Deutsche Bundestag lehnt eine Verschärfung des im Kern seit 1978 unveränderten Versammlungsgesetzes in einer der Bedeutung der Versammlungsfreiheit für die Demokratie nicht angemessenen Eile ab. Eine solche Änderung ist auch in verfahrensrechtlicher Hinsicht nicht geeignet, das Ziel, gegen extremistisch ausgerichtete Versammlungen unter freiem Himmel vorzugehen, zu erreichen. Im Gegenteil: Im Hinblick auf die von der Jugendorganisation der NPD für den 8. Mai 2005, den 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Kriegsendes, angemeldete Demonstrationen im Zentrum Berlins unter dem Motto „60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuld kult“ müsste eine Verbotsverfügung auf ein im Zeitpunkt der Entscheidung erst wenige Wochen altes, von der Rechtsprechung noch nicht konkretisiertes Versammlungsgesetz gestützt werden, womit erhebliche zusätzliche Unsicherheiten verbunden wären. Hinzu kommt die Gefahr, dass das Gesetz vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verworfen wird, womit ein erneuter Prozesserverfolg der NPD in Karlsruhe verbunden wäre.

8. Der Kampf gegen Rechtsextremismus wie gegen jede Form von politischem Extremismus ist gesellschaftlich und nicht mit staatlichen Anordnungen zu führen. Die Ursachen des Extremismus gilt es zu bekämpfen. Das ist vor allem dort aussichtsreich, wo Einflussnahme noch möglich ist, nämlich insbesondere bei jungen Menschen. Entscheidend ist, dass junge Menschen zu mehr Menschlichkeit, Toleranz und demokratischem Verhalten erzogen werden. Gefragt sind darüber hinaus Zivilcourage und Vorbild.

9. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seinen unbedingten Willen, dass es am 8. Mai 2005 keinen Aufmarsch der NPD oder anderer rechtsextremistischer Organisationen und Kräfte am Brandenburger Tor oder am Holocaust-Mahnmal geben darf. Er ist der Auffassung, dass es den dafür zuständigen Stellen möglich ist, die von der Jugendorganisation der NPD für diesen Tag und diesen Ort angemeldete Demonstration im Rahmen des jetzt geltenden Rechts zu verbieten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

Vorschläge zur zeitgemäßen Fortentwicklung des Versammlungsrechts unter Berücksichtigung der Bedeutung der Versammlungsfreiheit für die freiheitlich demokratische Grundordnung, unter Berücksichtigung der Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts in seinem Brokdorf-Beschluss und unter Berück-

sichtigung der Ergebnisse der Sachverständigenanhörung des Innenausschusses vom 7. März 2005 zu entwickeln und dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorzulegen.

Berlin, den 10. März 2005

Dr. Max Stadler
Jörg van Essen
Dr. Karl Addicks
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Hellmut Königshaus
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Gisela Piltz
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion